

4 Statistischer Jahresrückblick

Als anerkannte Verbraucherschlichtungsstelle hat der Ombudsmann der privaten Banken gemäß § 4 Abs. 1 Nr. 1 Verordnung über Informations- und Berichtspflichten nach dem Verbraucherstreitbeilegungsgesetz (VSBInfoV) bestimmte Pflichtangaben für Tätigkeitsberichte zu veröffentlichen. Diese Angaben befinden sich in dem nachfolgend abgedruckten Erhebungsbogen. Im Anschluss hieran folgen Kommentierungen zu dem abgebildeten Zahlenwerk und darüber hinaus weitere statistische Angaben sowie Erläuterungen, die nach Auffassung der Schlichtungsstelle erforderlich sind, um ein vollständiges Bild von der Tätigkeit des Ombudsmanns der privaten Banken im Berichtszeitraum vermitteln zu können.

Zur besseren Übersichtlichkeit wurden die Ziffern, unter denen die Darlegungen erfolgen, auch an der entsprechenden Stelle im Erhebungsbogen kenntlich gemacht.

		Anzahl
4.1	Anzahl der eingegangenen Anträge (insgesamt)	12.659
	Davon	
	Gegen Mitgliedsbanken	12.371
	Zahlungsverkehr	9.336
	Wertpapiergeschäft	961
	Kreditgeschäft	775
	Spargeschäft	1.072
	Sonstige ("Diverse")	224
	Bürgschaften/Drittsicherheiten	3
	Gegen Nichtmitglieder	273
	Sonstige Finanzangelegenheiten	263
	Unzuständige	10
4.2	Anzahl der abschließend bearbeiteten Anträge (insgesamt)	6.057

4.2.1	Anträge, die nach § 5 Abs. 4 Verfahrensordnung an die zu dige Verbraucherschlichtungsstelle abgegeben/weitergele wurden		228
4.2.2	Anträge, die sich im Vorverfahren erledigt haben		4.287
	Anträge, die der Antragsteller zurückgenommen hat (§ 6 Abs. 7 fahrensordnung)	Ver-	322
	Anträge, bei denen der Antragsgegner dem Anliegen des Antra- lers entsprochen hat oder die sich in sonstiger Weise erledigt ha	_	3.965
4.2.3	Anzahl der nach §§ 3 und 4 Verfahrensordnung abgelehnt Anträge	en	386
	Es wurde kein ausreichender Antrag gestellt	47	
	Die Verbraucherschlichtungsstelle ist für die Streitigkeit nicht zuständig	2	
	Wegen derselben Streitigkeit wurde bereits ein Schlichtungs- verfahren bei einer Verbraucherschlichtungsstelle durchge- führt oder ist bei einer solchen anhängig	6	
	Bei Streitigkeiten über den Anspruch auf Abschluss eines Basiskontovertrages nach dem Zahlungskontengesetz ist bereits ein Verwaltungsverfahren nach den §§ 48 bis 50 des Zahlungskontengesetzes zur Durchsetzung des Anspruches anhängig oder es ist in einem solchen Verfahren unanfechtbar über den Anspruch entschieden worden	1	
	Wegen der Streitigkeit ist ein Antrag auf Bewilligung von Pro- zesskostenhilfe abgelehnt worden, weil die beabsichtigte Rechtsverfolgung keine hinreichende Aussicht auf Erfolg bot oder mutwillig erschien	0	
	Die Streitigkeit ist bereits bei Gericht anhängig oder ein Gericht hat durch Sachurteil über die Streitigkeit entschieden	12	
	Die Ansprüche oder Rechtsverhältnisse, die Gegenstand der Streitigkeit sind, wurden zu einer Verbandsklage im Ver- bandsklageregister angemeldet und die Klage ist noch rechtshängig	0	
	Die Streitigkeit wurde durch Vergleich oder in anderer Weise	0	

	Der Anspruch, der Gegenstand der Streitigkeit ist, ist verjährt 1	
	und der Antragsgegner hat die Einrede der Verjährung erho-	
	ben	
	Eine grundsätzliche Rechtsfrage, die für die Schlichtung der 38	
	Streitigkeit erheblich ist, ist nicht geklärt	
	Tatsachen, die für den Inhalt eines Schlichtungsvorschlages 261	
	entscheidend sind, bleiben im Schlichtungsverfahren streitig,	
	weil der Sachverhalt von der Schlichtungsstelle nicht geklärt werden kann	
	Kein Verbraucher 8	
	Kein von der Bank angebotenes Produkt/keine von der Bank 10 angebotene Dienstleistung	
4.2.4	Anzahl der Verfahren, die durch Schlichtungsvorschläge beendet wurden	1.156
	Anzahl der Verfahren, in denen die Parteien einen Vergleichs- oder	724
	Schlichtungsvorschlag angenommen haben	72-
		432
	Anzahl der "erfolglos gebliebenen Verfahren" (die Parteien haben den Vergleichs- oder Schlichtungsvorschlag nicht angenommen)	432
	den vergielens- oder Schlichtangsvorschlag nicht angenommen)	
4.3	Durchschnittliche Dauer der Verfahren	
	Zeitraum zwischen Eingang der vollständigen Beschwerdeak- 4,12	
	Zeitraum zwischen Eingang der vollständigen Beschwerdeakte und Übermittlung des Schlichtungsvorschlags (§ 6 Abs. 4 Tage Verfahrensordnung)	
	te und Übermittlung des Schlichtungsvorschlags (§ 6 Abs. 4 Tage	
	te und Übermittlung des Schlichtungsvorschlags (§ 6 Abs. 4 Tage Verfahrensordnung)	
	te und Übermittlung des Schlichtungsvorschlags (§ 6 Abs. 4 Verfahrensordnung) Zeitraum zwischen Antragseingang und endgültigem Ab- 206,59	
	te und Übermittlung des Schlichtungsvorschlags (§ 6 Abs. 4 Verfahrensordnung) Zeitraum zwischen Antragseingang und endgültigem Abschluss des Verfahrens (Mitteilung nach § 6 Abs. 5 c Verfahtage	
	te und Übermittlung des Schlichtungsvorschlags (§ 6 Abs. 4 Verfahrensordnung) Zeitraum zwischen Antragseingang und endgültigem Abschluss des Verfahrens (Mitteilung nach § 6 Abs. 5 c Verfahrensordnung) Bei der Berechnung wurden folgende Konstellationen nicht	
	te und Übermittlung des Schlichtungsvorschlags (§ 6 Abs. 4 Verfahrensordnung) Zeitraum zwischen Antragseingang und endgültigem Abschluss des Verfahrens (Mitteilung nach § 6 Abs. 5 c Verfahrensordnung) Bei der Berechnung wurden folgende Konstellationen nicht berücksichtigt:	

banker verband

4.4	Anzahl der Fälle, in denen sich die Parteien an das Ergebnis	724
	des Verfahrens gehalten haben (sofern bekannt)	
4.5	Anzahl der grenzübergreifenden Streitigkeiten (sofern be-	101
	kannt)	